



Für eine faire Perspektive und eine faire Übernahme... ...für alle Auszubildenden der Stadt Köln

- Für eine Übernahme aller Auszubildenden der Stadt Köln in den Verwaltungsberufen des öffentlichen Dienstes
→ Allen Auszubildenden, die sich derzeit bei der Stadt Köln in Ausbildungen zu Verwaltungsberufen des öffentlichen Dienstes befinden und allen Auszubildenden, die zukünftig in diesen Bereichen eingestellt werden, muss durch eine faire Übernahmeregelung eine berufliche Perspektive geboten werden.
- Für eine unbefristete Übernahme / eine Übernahme ins Beamtenverhältnis bei bestandener Abschlussprüfung
→ Die bestandene Abschlussprüfung / Staatsprüfung stellt bereits eine hohe Hürde dar, die auch von vielen zufälligen Faktoren wie Prüfungskommissionen, Tagesform etc. abhängt. Daneben bleiben die Langzeitleistungen in theoretischer und praktischer Ausbildung bei einer Übernahme nach Abschlussnote wie bisher unberücksichtigt. Das Ergebnis der Abschlussprüfung alleine stellt keine endgültige Aussage zur Leistungsfähigkeit und Befähigung der Absolventinnen und Absolventen dar. Wir fordern daher, dass bei bestandener Abschluss in einem Verwaltungsberuf sofort unbefristet bzw. ins Beamtenverhältnis übernommen wird.
- Für Planungssicherheit: Einführung einer verbindlichen Übernahmeregelung, die zu Beginn der Ausbildung vereinbart wird
→ Wer in eine Ausbildung bei der Stadt Köln eintritt, hat Anspruch auf eine klare und verbindliche Perspektive. Daher fordern wir, dass mit jedem jungen Menschen, der in eine Ausbildung oder ein Anwartschaftsverhältnis bei der Stadt Köln eintritt, eine rechtsverbindliche Übernahmereinbarung zu Beginn der Ausbildung abgeschlossen wird.
- Für einen klaren Vorrang von eigener Ausbildung vor externer Einstellung und Einrichtung eines berufspraktischen Jahres sowie eines Übergangspools
→ Der Rat der Stadt Köln hat sich in seiner Sitzung vom 22. Juni 2006 mit der Einführung einer Ausbildungsquote zu seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen bekannt. Dies wird von uns ausdrücklich begrüßt und befürwortet. Wir fordern, dass sich die Stadtverwaltung nun zu ihrer Verantwortung bekennt, den Auszubildenden der Stadt Köln auch eine Perspektive zu bieten. Da in der Vergangenheit immer wieder Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung nicht übernommen wurden, aber im Lauf des darauf folgenden Jahres in die gleichen Berufsbilder externe Einstellungen vorgenommen wurden, fordern wir die Einrichtung einer einjährigen befristeten Übernahme als berufspraktisches Jahr und gleichzeitig als Pool, aus dem Einstellungen vorrangig gegenüber externen Einstellungen vorgenommen werden.
- Für eine bedarfsdeckende, attraktive Ausbildung mit Perspektive, um im Wettbewerb um gute Nachwuchskräfte nicht auf der Strecke zu bleiben
→ Wir fordern, dass die Ausbildung in den Berufsbildern der öffentlichen Verwaltung, für deren Absolventinnen und Absolventen keine Perspektive und Verwendung in der Privatwirtschaft und auf dem freien Arbeitsmarkt besteht, durch personalbedarfsdeckende Ausbildung im Verwaltungsbereich und durch eine faire Übernahmeregelung attraktiv gemacht wird. Es darf mit Blick auf die Personalbedarfsplanung nicht sein, dass gute Nachwuchskräfte durch eine ungewisse Perspektive abgeschreckt werden, wenn jetzt schon klar ist, dass in den nächsten 10 Jahren ca. 30 % der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Rente oder in den Ruhestand gehen.

Kein Ranking!!!

- Gegen die Einführung einer Übernahmeregelung nach Rangfolge, die das Klima zwischen den Auszubildenden und die Teamfähigkeit zerstören würde
→ Die von der Stadtverwaltung geplante Übernahme nach Rangfolge stellt eine ungerechte Regelung dar. Das objektive Leistungsergebnis der oder des einzelnen Auszubildenden, ihre oder seine Eignung und Befähigung stellt nicht mehr das alleinige Kriterium für die Übernahme dar. Es ist denkbar, dass hervorragende Auszubildende nur deshalb nicht übernommen werden, weil sie sich in einem Jahr mit geringen Personalausgaben über den durchschnittlichen Ausbildungsjahrgang befinden, während im Jahr darauf mittelmäßige Absolventen eines durchschnittlichen Jahrgangs angesichts eines hohen Personalbedarfs übernommen werden. So ist diese Regelung nicht nur nicht fair, sondern führt auch nicht zu einer guten Stellung der Stadtverwaltung Köln im Wettbewerb um die besten Köpfe. Vor allem nicht, weil die durch diese Regelung zwangsläufig entstehende Ellbogenmentalität und das schlechte Klima die Attraktivität der Stadt Köln als Ausbildungsberuf zusätzlich mindern.

**Ziel erreicht -
Ranking vom Tisch**